

Mails von Leserinnen und Leser der NachDenkSeiten zum Artikel Der zweifache Schock: Schulz soll Kanzlerkandidat und obendrein Parteivorsitzender werden. vom 25. Januar 2017

(Redaktionsschluss für die Zusammenstellung der Leserbriefe war Donnerstag 26.01. 12:00 Uhr)

Albrecht Müllers Artikel hat bei unseren Lesern ein großes Echo ausgelöst. Wir haben Ihnen deshalb hier eine Reihe von Leserzuschriften zusammengestellt. Selbstredend sind wir nicht mit jeder darin geäußerten Meinung und Theorie einverstanden, geben Sie Ihnen aber gerne zur eigenen Beurteilung. Zu Anfang sind Leser/innen-Mails wiedergegeben, die sich auch mit dem seltsamen Verfahren der Personalauswahl für Kanzlerkandidat, Parteivorsitz, Außenminister und Wirtschaftsminister beschäftigen. Das Thema war im Text von Albrecht Müller ausgespart, auf später verschoben. Es ist aber wichtig.

Leser T. P. schreibt:

In weiten Teilen stimme ich mit Ihren Ausführungen überein. Am Ende nicht, wenn es um den Aufbau einer Bewegung geführt von einem Parteipolitiker geht. Ergänzend möchte ich jedoch was ganz anderes sagen. Stellen wir uns einen jungen Menschen oder einen Neuankömmling in Deutschland vor, der gerade was über Demokratie gelernt hat. Was mag der sich angesichts der gestrigen Vorgänge wohl denken?

Da ist einer Vorsitzender und hat das erste Zugriffsrecht auf die Kandidatur. Woher eigentlich? Und wenn er nicht will, dann schlägt er einen anderen vor. Gut, aber warum schlägt niemand eine alternative Person vor? Seltsam, sofort sind alle einverstanden. Und dieser gleiche Typ, der bloß Vorsitzender einer Koalitionspartei und Wirtschaftsminister ist, beschließt eine Minister-Rochade. Sich selber macht er zum Außenminister, weil der Posten gerade frei wird, und seine Staatssekretärin zu seiner Nachfolgerin. Komisch, kann er das so ganz allein entscheiden? Oder machen bloß alle mit, weil es so kurz vor der Wahl sowieso egal ist? Dann macht er diesen Schulz gleich noch zum Parteivorsitzenden! Wie kann er das - muss da nicht abgestimmt werden? Letzte Frage ist, wieso er das erst Journalisten erzählt, bevor es seine Parteifreunde wissen. Warum geht Stern vor SPD?

Da hat unser junger Mensch so einige Fragen für die nächste Politikstunde, nicht wahr?

Leser J. W. schreibt:

Also mich hat es nicht sonderlich gewundert, dass man nun Martin Schulz ins Rennen um den wichtigsten Posten in unserer BRD gekürt hat. Ich bin schon gar nicht schockiert, eher amüsiert über die Cleverness eines Sigmar Gabriels. Er lässt sich nicht verschleißen, wie seine glücklosen Kollegen vor ihm mit einer erfolglosen Kandidatur gegen unsere "Überkanzlerin".

Innerhalb der SPD hat Gabriel zu viele Widersacher, sodass es ihm schon bewußt war, keine Chance zu haben. Also lässt er dem unbedarfteren und weitgehend unbekanntem Schulz den Vortritt und verkauft es als Innovation. Und es ist wie abgesprochen, die Befragten sind total begeistert von dieser Idee und finden sie gut gewählt. Hier wurde die eigene Partei an der Nase herumgeführt. Man muss inhaltlich nichts ändern, keine Kopfstände und Zusagen in Richtung Russland machen, sondern einfach das Profil der CDU mit einiger Kosmetik im Sozialen Bereich aufhübschen, fertig.

Schulz will doch unbedingt Außenminister werden, und dazu hat er nach der kommenden Wahl in einer großen oder vielleicht auch übergroßen Koalition (CDU/CSU, SPD, Grüne) auch alle Chancen.

Gabriel zieht sich auf sein Altenteil zurück und hält wie sein Vorgänger Steinbrück überbezahlte Vorträge. Und Steinmeier macht auf Bundespräsident. Ergo, alles bleibt beim Alten, Neoliberalismus wird weiter zelebriert und Deutschland geht weiter den Bach runter.

Leserin I. K. schreibt:

Zunächst als langjährige Leserin der nachdenkseiten: Ohne die nachdenkseiten wäre die politische Entwicklung für mich sehr viel schwerer auszuhalten und die Hoffnung auf eine Veränderung der Agenda geringer. Ihnen und Ihren MitarbeiterInnen danke ich von ganzem Herzen dafür, dass es die nachdenkseiten gibt.

Ich bin nach 37 Jahren aktiver Mitgliedschaft in der SPD im Zuge der Agenda 2010 von G. Schröder ausgetreten, bin seitdem Wählerin der Linken auf allen Ebenen Kommune, Bundesland und Bund - mit Ausnahme der Wahlen zum Hessischen Landtag mit der SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti.

Mir ist seinerzeit der Austritt aus der SPD sehr schwer gefallen, verfolge ihre Entwicklung seitdem auf unterschiedlichen Ebenen und bin von Jahr zu Jahr fassungsloser über ihre gesellschaftspolitische Blindheit und ihr Festhalten am neoliberalen Denkmodus.

Allein die Art und Weise der Präsentation von Martin Schulz als Kanzlerkandidat und die Rolle der Partei würde mich - wenn ich eine junge Frau wäre, die sich politisch engagieren will - abschrecken, dieser Partei beizutreten. Es erinnert mich an meinen ersten Kontakt zur SPD mit 17 Jahren (1957) bei den örtlichen Jusos. Es ging um Plakatekleben ..., nichts von innerparteilicher Demokratie und Mitwirkung. Ich bin dann erst als 29jährige 1969 beigetreten.

Ich fürchte wie Sie, dass mit Martin Schulz keine signifikante Änderung der Politik zu erwarten ist - und würde mich so gerne irren. Teile der Linken beteiligen sich am Medien-Bashing von Sahra Wagenknecht, statt ihre Analysefähigkeit, ihr Talent sich allgemein verständlich auszudrücken - und was ich besonders an ihr schätze, Aussagen nachvollziehbar mit Fakten zu begründen - zu nutzen.

Ich frage mich, welchen - sicher nur bescheidenen - Beitrag ich in meinem Alter noch leisten kann und überlege, mich an der Debatte zur notwendigen Änderung der gesetzlichen Rente zu beteiligen und bin auf der Suche, wer zu dem Thema unterwegs ist. Ich werde als ersten Schritt mir die Aktivitäten des sog. "Seniorenaufstandes" (IG-Metall) ansehen. Mein Motto: Wer aufgibt - hat schon verloren.

Leser F. K. schreibt:

Von dem unsäglichen Deal „Gabriel / Schulz“ habe ich gestern aus der „Heute“-Sendung erfahren. Mein erster Gedanke war: jetzt ist er [Gabriel] und die SPD am Ende. Doch schon während der Sendung sind mir einige Aussagen aufgefallen, die ich mir noch mal anhand des Videos aus der ZDFMediathek ins Gedächtnis geholt habe:

0:52 Gabriel will Außenminister werden > geht er also von einer Fortsetzung der GroKo aus?

2:10 Gabriel sagt: „Wenn ich jetzt antrete, würde ich scheitern und mit mir die SPD.“ > Damit gibt er jetzt doch schon sein Scheitern zu. Aber für das Auswärtige Amt ist das ja gut genug, siehe Steinmeier.

2:22 Hendricks sagt: „Wir sind Gabriel dankbar für diese Entscheidung.“ > Erleichterung?

2:55 Opermann sagt: „Er [Gabriel] hat seine [!] Entscheidung preisgegeben.“ > Der Kanzlerkandidat und neuer SPD-Parteivorsitzende wurde also durch Gabriels Entscheidung bestimmt!!

Das braucht man nicht näher zu kommentieren.

Leser E. V. schreibt:

Gedanken eines Sozialdemokraten zur Kandidatenkür von Martin Schulz

1. Wie stellt die SPD Martin Schulz als Kandidaten auf?

In den letzten Wochen und Monaten war von Sigmar Gabriel und anderem Spitzenpersonal immer wieder zu hören: "Es bleibt bei dem festgelegten Zeitplan. Ende Januar wird die Partei ihren Kandidaten aufstellen und bekanntgeben." Und egal wie gierig und penetrant die Medien immer wieder nachfragten, es blieb immer bei dieser Antwort.

Nun aber, sechs Tage vor der Vorstandsklausur am 29.01.2017, lässt ausgerechnet Sigmar Gabriel die Katze aus dem Sack. Er verzichte auf die Kandidatur und den Parteivorsitz, wolle Außenminister werden, Frau Zypries werde Wirtschaftsministerin und Martin Schulz solle Parteivorsitzender und Kandidat werden. Hierüber informierte er aber nicht zuerst den Parteivorstand, das Präsidium oder die Bundestagsfraktion, sondern die Illustrierte "Stern". Die Partei, auch die Bundestagsfraktion, erfuhren es durchs Internet.

Die SPD muss nicht unbedingt den Kandidaten in Vorwahlen, wie z.B. In Frankreich, wählen lassen und dann nominieren, sie kann ihn auch durch ihre Gremien bestimmen und aufstellen. Dass die Mitglieder dieser Gremien aber von der Entscheidung des Parteivorsitzenden und eventuell einiger Vertrauter durch die Medien erfahren, ist kein demokratisches Verfahren, sondern ein Debakel!

2. Wann macht es Sinn, einen Kanzlerkandidaten aufzustellen?

Ich habe bisher nur von der Aufstellung eines Kandidaten, nicht eines Kanzlerkandidaten gesprochen. Einen Kanzlerkandidaten ins Rennen zu schicken, macht nämlich nur dann Sinn, wenn die Partei eine Machtoption hat, also wenn aus dem Kanzlerkandidaten auch ein Kanzler werden kann.

Da niemand ernsthaft behaupten wird, die SPD könne von derzeit 21 Prozent bis zum September auf etwa 40 Prozent kommen, also vor CDU / CSU liegen, braucht die SPD kleinere Koalitionspartner, um die absolute Mehrheit der Bundestagsmandate, also die Kanzlermehrheit, zu bekommen.

Da eine Koalition unter Einschluss der AFD ausgeschlossen werden muss, bleiben als mögliche Partner noch Linke, Grüne und FDP übrig.

Nimmt man die aktuellen Umfragen des ZDF-Politbarometers, reicht es zur Zeit weder für Rot-RotGrün (40 %) noch für Rot-Grün-Gelb (37%).

Das bedeutet, dass die SPD auf jeden Fall erheblich zulegen muss, wenn sie denn eine echte Machtoption haben will. Dazu reicht es nicht, einen Kandidaten zu haben, der momentan gute Umfragewerte aufweisen kann, denn auch Steinmeier konnte vor seiner Kandidatur 2009 hervorragende Umfragewerte präsentieren, scheiterte jedoch bei der Wahl kläglich mit dem schlechtesten Nachkriegsergebnis für die SPD.

Es kommt also neben der Person des Kandidaten vor allem darauf an, ein wirklich sozialdemokratisches Programm zu präsentieren und deutlich zu machen, dass man eine in wichtigen Bereichen andere Politik machen will als Frau Merkel und die CDU/CSU. Dabei gibt es aus traditionell sozialdemokratischer Sicht zwei politische Kernbereiche, zum einen die Sozialpolitik, wie dies auch gestern von Rudolf Dressler bei Phoenix dargelegt wurde, und

zum Zweiten die Friedens- und Entspannungspolitik, wie sie von Willy Brandt, Egon Bahr, Helmut Schmidt und vielen anderen erfolgreich konzipiert und umgesetzt wurde.

Wenn die SPD im Bereich der Sozialpolitik Forderungen wie die Bürgerversicherung, die radikale Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen, einen höheren und wirklich flächendeckenden Mindestlohn, die schrittweise Erhöhung der gesetzlichen Rente, die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung, die Abschaffung der Abgeltungssteuer, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie eine echte Erbschaftssteuer in ihr Wahlprogramm aufnimmt, fällt die FDP als möglicher Koalitionspartner weg, denn sie will dies alles nicht und Christian Lindner hat ja auch schon eine Koalition nach den Landtagswahlen in NRW mit der SPD ausgeschlossen.

So bleibt als Machtoption nur Rot-Rot-Grün übrig, wobei gesehen werden muss, dass das derzeitige grüne Spitzenpersonal Göring-Eckardt und Özdemir eher zu CDU / CSU neigt als zur SPD, zumal Schwarz-Grün mit derzeit 46 Prozent näher an der absoluten Mehrheit ist als Rot-Rot-Grün mit 40 Prozent. Mit einer Machtoption für Rot-Rot-Grün könnte die SPD allerdings die Grünen, insbesondere die eher linken Teile der Parteibasis politisch unter Druck setzen.

Wenn man dieser Analyse und Strategie bis hierhin folgt, ist es völlig unverständlich, wie wichtige und einflussreiche Vertreter der SPD, wie z. B. Johannes Kahrs vom Seeheimer Kreis gestern bei Phoenix, einerseits von einer Koalition mit Grünen und FDP als Perspektive reden und andererseits die Machtoption Rot-Rot-Grün ohne Not zunichte machen, indem sie die Linkspartei für regierungsunfähig erklären und deren Spitzenkandidatin nicht nur in die Nähe der AFD rücken, sondern sie mit der AFD gleichsetzen ("Beatrix von Wagenknecht").

Zwar gibt es sicherlich auch Differenzen innerhalb der Linkspartei und zwischen SPD und Linkspartei, aber die Übereinstimmungen vor allem in den zentralen Bereichen Sozialpolitik und Friedenspolitik sind doch unzweifelhaft erheblich größer als mit der FDP und z.T. auch mit den Grünen.

Die bewusste Hintertreibung der rot-rot-grünen Machtoption durch Herrn Kahrs und andere zielt eindeutig auf die Fortsetzung der Großen Koalition mit der SPD als Juniorpartner und die weitere Schrumpfung der bundespolitischen Bedeutung der Partei. Herr Kahrs schwadroniert zwar wie gestern bei Phoenix davon, dass die SPD die Wahl gewinnen könne, also stärkste Partei werden könne und dass die FDP als Koalitionspartner bereit stehe, aber das glaubt ihm ernsthaft niemand und er selbst wird es auch nicht glauben. Aber er muss so reden, wenn er Martin Schulz als Kanzlerkandidaten verkaufen möchte. In Wahrheit ist Martin Schulz für die Rechten in der SPD kein Kanzlerkandidat, sondern nur ein Spitzenkandidat oder der Vizekanzlerkandidat.

Die Rechten in der SPD möchten keinen Politikwechsel, sondern nur in Ruhe ihre Posten behalten.

3. Ist Martin Schulz ein guter Kandidat?

Die Vorzüge von Martin Schulz sind in den Medien vielfach beschrieben worden. Er ist volkstümlich, ein Mann der klaren Worte, der auch einem Streit nicht aus dem Weg geht, ein guter Wahlkämpfer und er ist seit langer Zeit ein unermüdlicher Streiter für die Idee der europäischen Union.

Aber genau dieser letzte Punkt ist für eine sozialdemokratische Machtoption enorm wichtig, denn es geht nicht darum, mit aller Kraft für Europa zu kämpfen, wenn für die Mehrheit der Bevölkerung nicht deutlich wird, welche Idee von Europa gemeint ist.

Geht es nämlich um ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung, der Rentnerinnen und Rentner und der jungen Generation, geht es um ein Europa der Bankenrettung, der Steuergeschenke an große Konzerne auf Kosten der einfachen Steuerzahler, um ein Europa der Privatisierung des Gesundheitswesens und der Universitäten, um ein Europa der immer schneller wachsenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich, um ein Europa der so genannten Freihandelsverträge, in denen der Schutz und die Klagerechte großer Konzerne wichtiger sind als der Schutz der Verbraucherrechte und der Umwelt, um ein Europa der Aufrüstung, der Kriegseinsätze und des kalten Krieges, dann darf man sich über die Enttäuschung und Verdrossenheit vieler Menschen in der EU nicht wundern, die sich dann rechtsnationalen oder nationalistischen Bewegungen und Parteien anschließen.

Und Martin Schulz ist leider ein maßgeblicher Vertreter dieser Idee von Europa, denn er hat u.a. dafür gesorgt, dass seinem Freund Jean Claude Juncker nichts passiert, nachdem die Luxemburger Steuersparmodelle aufgefliegen sind, er hat die Bankenrettungsaktionen mitgetragen wie auch die Strafmaßnahmen gegen Griechenland, Spanien und Portugal, die in diesen Ländern zu erheblichem sozialen Elend beigetragen haben. Er hat die unselige Politik der EU gegenüber der Ukraine und Russland mitgetragen, die statt zu Entspannung zu mehr Spannungen und zum kalten Krieg führen.

Ob also Martin Schulz ein guter Kandidat im Sinne einer echten Machtoption und eines Politikwechsels ist, kann aus vielerlei Gründen bezweifelt werden, aber wie sang schon seiner Zeit Katja Ebstein "Wunder gibt es immer wieder"!

Leser R. K. schreibt:

Zwar ist Ihr Beitrag zu Martin Schulz wie immer kenntnisreich und detailliert, man könnte es in der Essenz auch kürzer fassen: die Rest-SPD ist tot, sie will nur nicht einsehen was die Wähler schon lange wissen.

20 % in der nächsten Wahl klingen optimistisch.

Von Hartz IV, Gerhard Schröder, über Griechenland und "Schuldenkrise" bis zur Gegenwart ist sich diese SPD treu geblieben - warum sollte sich an der Linie was ändern? Gäbe es sonst "Die Linke"?

Gäbe es sonst die "AfD"?

Leser H.-G. T. schreibt:

Die Liste der wenig erfreulichen Äußerungen und Handlungen von Martin Schulz ließe sich noch um Einiges verlängern.

Aber ich glaube, dass in diesem Mann noch ein ordentlicher sozialdemokratischer Kern steckt, der auch aus diesem neoliberalen Saulus noch einen rheinisch-kapitalistischen Paulus machen könnte.

Geben wir ihm ein bisschen Zeit.

Herzliche Grüße

P.S. Ich habe mich sogar dafür entschieden, bei der Kanzlerkandidatenproklamation am Sonntag im WBH dabei zu sein.

Leser R. H. schreibt:

Was man Wegweisendes von Martin Schulz zu Europa usw. gehört habe, fragen Sie - und hier füge ich mal an: Das fragen Sie noch?

Das hat man von Martin Schulz gehört zu Griechenland und Varoufakis: jede Menge Vorurteile und verquaste Hetze gegen alles Linke, der vulgäre Antikommunismus der SPD, wie ihn auch ein Gabriel und alle diese *See(h)eimer* pflegen.

Was Wegweisenderes braucht's denn noch von dem und den anderen aus dem Willy-Brandt-Haus in Berlin-Mitte?

Und noch etwas zum Umgang dieses Herrn M. Sch. mit der Verfassung und seinem Verständnis von Gesetzen: Ein Parlamentspräsident des EU-Parlaments ist, fast, so etwas wie der 'Lammert' der EU. Geradezu kongenial illustriert der Wortwechsel *coram publico* zwischen dem parteilosen Herrn Sonneborn, MdE, und dem Herrn M. Sch. des Letzteren Verständnis seines Amtes und seiner Wirkmächtigkeit: Alles Fake das, angemäÙte Allmacht wie bei kleinen Jungs vor der Toilettenwand. (SIE haben dazu selber neulich in Ihren Videohinweisen verlinkt. - Stellen SIE doch den Hinweis mal wieder ein, bitte.)

So richtig es ist, auf diese anderen Fakes in der Maskenshow der Politprominenz hinzuweisen, ja, gelegentlich auch mal gescheit darauf einzudreschen, so wichtig ist es zu erkennen, dass, neben solche Cem Özdemirs und Katrin Göring-Eckards bloßzustellen, die grosso modo als fadenscheinige Amtsträger erkannt werden, es ist, diesen *EssPeeDeeLern* in Berlin-Mitte die Leviten zu lesen, aber so was von links!

Nach all den Erfahrungen über den Umgang der SPD-Führung mit all dem, was denen links erscheint, nach den Berufsverboten damals, nach dem Umgang mit '*Hessisch-Südlichem*' in Permanenz, Andrea Ypsilanti z.B., usw. usf. - SIE kennen das alles, verehrter Herr Müller - bleibt die Frage: Wollte die SPD-Führung jemals was linkeres als sich selbst?

Ich bezweifle das schon lange. Andernfalls hätte sie ihre Stiftung *Friedr. Ebert* längstens umbenennen müssen. Hat sie aber nicht. Und der EX-Juso Nils Annen giftete neulich *im Bundestag im Reichstag* gegen die Fraktion der LINKEN: '...schauen Sie sich doch mal an...'. Bekannte Töne, nicht wahr. Und bekannter brauner Duft!

Der Name Berlusconi steht als Synonym für BAU- und andere Skandale. Und das ist gut so. Das Endemische Berliner Bauskandale hat sich noch nicht als Synonym im BRD-Sprachgebrauch durchgesetzt, leider.

Drum kann ein Berliner Müller auf einen Stadtbaurat Holm von den LINKEN eindreschen, als gäbe es nichts Besseres. Und kein öffentlicher Aufschrei fällt dem Müller in die Parade!!

Und dann soll eine Koalition 'Rot-Rot-Grün' es richten? Dort in Berlin? Da im Bund? Das sind doch alles nur noch Reste, das von 'SPD-Rot' und 'Grün-Links'!

Morgen Abend spricht hier in Bremen der auch Ihnen bekannte Heinrich Hannover über *Emil Julius Gumbel*. Was könnte dieser von mir verehrte Politikbesorgte Heinrich Hannover äussern über seine Erfahrungen mit der SPD und *Links ???*

Verstehen SIE mich, verehrter Herr Müller?

Also dann los jetzt und ab durch die Berliner-Mitte!

Leser C.-J. R. schreibt:

Ich kann Siegmars sicher schon länger geplanten Rückzug zu Gunsten von Martin Schulz auch nicht nachvollziehen. Auch wenn ich keiner seiner Freunde bin, hat er aber doch vor einem Vierteljahr (?) noch richtig Biss gehabt, um ab dann merklich "abzuschlaffen".

Könnte es nicht sein, dass Siegmars sich mit seinem Rückzug gegen einen "Lenkungsversuch" gewehrt hat?

Ein Versuch unserer westlichen Freunde in Folge von "Orwell"-Erkenntnissen über eventuelle schwarze Flecken auf seiner vielleicht doch nicht so weißen Weste? Ich schließe das bei keinem mehr aus.

Mit freundlichen Grüßen

WikiLeaks-Chef Julian Assange beantwortet im SPIEGEL-Interview (DER SPIEGEL 30/2015, ab S. 42) die Frage „Haben deutsche Politiker Angst vor amerikanischen Geheimdiensten?“ mit den Worten: „Wenn Sie als deutscher Politiker wissen, dass die Amerikaner über Jahrzehnte 125 Spitzenpolitiker und Beamte ausgespäht haben, würden Sie sich bestimmt an einige Gespräche erinnern, die Sie in diesen Jahren geführt haben. Und dann würden Sie realisieren, dass die USA all diese Gespräche aufgezeichnet haben und jederzeit auch Mitglieder des Merkel-Kabinetts zu Fall bringen könnten, indem sie Teile dieser Gespräche Journalisten zuspähen.“

Und vor den NSA-Zeiten gab es ja auch schon Möglichkeiten der Ausspähung, wenngleich konventionellere.

Leser M. K. schreibt:

Ihnen ist erneut eine feine Analyse gelungen. Vielen Dank dafür.

Die Frage nach den (z.Zt. nicht vorhandenen) personellen Alternativen darf m. E. nicht der willkürlichen Suche der SPD-Spitze überlassen werden.

Vielmehr müssen personelle Alternativen organisch aus der Parteistruktur bzw. Basis erwachsen.

Die SPD gehört runderneuert und zwar dergestalt, dass sich klassische SPD-Politik gegenüber dem ganzen neoliberalen Mist seit Jugoslawien / Agenda 2010 auf breiter Basis behaupten kann. Solange die SPD sich nicht programmatisch von ihren Fehlern abgrenzt, ist es doch völlig egal, wer den Kanzler machen könnte.

Dieses Land braucht den Politikwechsel und nicht die "Weiter so - Mentalität" eines möglicherweise charismatischeren Protagonisten einer sich selbst zerstörenden ehemaligen Volkspartei.

Solange die Mitglieder der SPD nicht dafür sorgen, dass die Basis über die Kandidaten und somit vermutlich auch über die politische Richtung votiert, wird es mit dieser Partei keinen Politikwechsel geben.

Da lobe ich mir "Die Linke" in Persona Sahra Wagenknechts, die keine Gelegenheit ausläßt, um deutlich zu machen, dass eine mögliche linke Regierungsbeteiligung an Grundsatzfragen gebunden ist.

Leser R. S. schreibt:

Ich teile Ihre Analyse einschliesslich der Personen-Beschreibung und -Beurteilung beider SPD-Spitzenvertreter sowie des noch vorhandenen SPD-Personals, mit dem nun wirklich "kein Staat mehr zu machen", d.h. keine Wählerstimmen mehr zu gewinnen sind.

Nur Ihre Beurteilung der "anderen Option" teile ich nicht. Vielmehr bin ich überzeugt, dass Schulz ein Schattenkabinetten benennen könnte, das die Öffentlichkeit und sogar die Massenpresse aufmerken

bzw. aufschrecken ließe, wenn er zumindest folgende Personen als Beispiele für einen glaubhaften Neuanfang benennen würde, nämlich

- Dr. Sarah Wagenknecht als Wirtschafts- und Finanzministerin (dagegen NICHT als Kanzlerin, weil zu unglaubhaft und selbst-zerstörerisch)
- Prof. Butterwegge als Arbeits- und Sozialminister, sowie den Schweizer Wissenschaftler
- Dr. Daniel Ganser als Außenminister

um nur wenigstens 3 Personen zu nennen, die über jeden Verdacht und jeden Zweifel erhaben sind!

Nur wenn Martin Schulz mit einem derartigen Vorstoß sofort an die Öffentlichkeit ginge, hätte er eine, die einzige Chance, der SPD den Absturz in die totale Bedeutungslosigkeit, d.h. auch unter die 20% zu ersparen!

Leser B. W. schreibt:

der Wechsel auf Herrn Schulz bedeutet lediglich, daß sich die SPD mit mehr Prozentpunkten und damit Abgeordneten als den Grünen wieder als Koalitionspartner der CDU anbietet.

So wie die Umfragen sich entwickeln. Dafür sorgen vor allem Frau Kipping, Frau Göring Eckard und Herr Özdemir (jeweils mit ihren Tortenwerffreunden) wandern LINKE und Grüne weiter nach Unten.

Wenn Beide wie bei der letzten Bundestagswahl die AFD und FDP wie von Geisterhand knapp an der 5%-Hürde scheitern, sowie die FDP auch, reicht der CDU in etwa der aktuelle Wert.

Außerdem ist sie die einzige Partei, bei der eine erkleckliche Anzahl an Überhangmandaten zu erwarten ist. Das zählt nach der letzten Änderung in den Wahlgesetzen in so einer Konstellation doppelt; sehr vorausschauend!

Leser U. W. schreibt:

O.g. Artikel ist sehr gut. Sie haben sich fast zu große Mühe gegeben deshalb ist er auch so ausführlich. Nur denken Sie an die Volksweisheit aus unseren Zeiten: Wahlen ändern nichts, sonst wären sie längst abgeschafft! Soweit auch etwas Humor. Was ich Sie wirklich ernsthaft fragen möchte ist trotz alledem: Wofür steht die heutige SPD überhaupt.

Ich kann wirklich bei bestem gutem Willen mir in meinem Kopf nichts zusammenbasteln. Ergibt sich noch eine Unterfrage: Würde sich irgendetwas ändern wenn es die SPD nicht (mehr) gäbe bzw. im Bundestag nicht mehr vertreten wäre. Ohne jede Häme: Das kann doch alles die "Union" alleine. Unterunterfrage: Warum wählen 20% (noch so viel) die SPD und was sind die Gründe dafür oder wie könnte man das erklären?

Leser G. E. schreibt:

Zur telegenen Wirkung von Martin Schulz

Ihrer Einschätzung kann ich leider nur uneingeschränkt zustimmen.

Schulz braucht man nur noch den Stahlhelm aufsetzen und er macht ungeschminkt in jedem Film den hässlichen Deutschen.

Traurig, aber leider wahr.

Welche Vollposten können so eine Personalentscheidung verantworten?

Hat Angela IM Erika den Sigi beraten?

Leser B. G. schreibt:

Auch wenn ich die Argumente, die den "Schulz-Schock" auf den NDS ausgelöst haben gut nachvollziehen kann, muss ich doch im Ergebnis widersprechen.

Ich persönlich habe die Nominierung von Schulz mit Wohlwollen aufgenommen.

Nicht deshalb, weil er eine echte Alternative zu Angela Merkel darstellt.

Nicht deshalb, weil er ein guter Kanzler wäre.

Nicht deshalb, weil er weniger neoliberal ist als Angela Merkel oder Sigmar Gabriel.

Aber ganz pragmatisch gedacht einfach deshalb, weil ich glaube, dass ihn mehr Menschen wählen werden als Gabriel. Und ganz ehrlich, kann er noch neoliberaler und wirtschaftsorientierter sein als Gabriel?

Ich denke, Martin Schulz ist schlicht beliebter und hat sich weniger Feinde bisher gemacht als Gabriel. Im letzten ARD DeutschlandTrend liegt er 14 Punkte vor ihm.

Auch die Reaktionen aus meinem persönlichen Bekanntenkreis gehen dahin, dass Schulz der liebe Onkel aus Europa ist, der so fein Deutschland dort vertreten hat und seriös, mittig und bodenständig ist.

Auch wenn sich inhaltlich nicht viel tun wird, müssen wir dennoch sehen: Ein großer Teil der Wähler wählt Gesichter, und oft genug emotional. Schulz wird die SPD nicht mal in die Nähe der 30 % bringen, dafür braucht es mehr als ein Gesicht. Aber wenn er nur 5 % mehr rausholt als Gabriel, sind das 5 % mehr für Rot-Rot-Grün. Ob das inhaltlich zusammengeht, ist eine andere Frage. Was die Medien mit Schulz machen werden, ist noch nicht absehbar. Bis jetzt kann er sich nicht beschweren. Das kann natürlich alles noch kommen....

Schulz ist wahrlich kein Grund zum Jubeln. Doch wir leben in politischen Zeiten, in denen wir uns nichts raussuchen können. Schulz ist das kleinere Übel. Taktisch die bessere Wahl.

Was Sie, Herr Müller, von Gabriel erwarten, nämlich dass er sich ggf. auch außerhalb der SPD oder außerhalb des Spitzenpersonals der Partei nach einem geeigneten Kandidaten umschaute, wäre ein weitsichtiger Akt eines klugen Mannes. Daher erwarten Sie zu viel von ihm. Auch möchte ich eine Partei sehen, die es zulässt, dass ihr Kanzlerkandidat nicht aus den eigenen oberen Rängen rekrutiert wird.

Da ich schon mal wieder eine Mail an euch schreibe, wird es Zeit gleich noch etwas loszuwerden:

Ich schaue fast täglich die Tagesschau oder ZDF heute. Und es wird immer unerträglicher. Mir kommen die Agitation, die Hetze, die Heuchelei und die Doppelmoral immer schlimmer vor. Und das alles unter einem Deckmantel unverbrüchlicher Seriosität und Ernsthaftigkeit. Ich weiß nicht, ob es wirklich schlimmer wird, oder ob ich es nur so empfinde. Aber es ist kaum auszuhalten.

Ich finde es wichtig, sich ab und an auch "Leitmedien" anzuschauen, weil man nicht über etwas reden kann, was man nicht kennt. Es bleibt jedoch eine Herausforderung....

Leser C. G. schreibt:

eine Vermutung haben Sie entweder ausgelassen oder gar nicht angestellt. Es kann auch sein, daß Gabriel seinen Platz räumen musste, weil er durchaus populistisches Potential hat. Ein polternder Gabriel mit den richtigen Themen wäre durchaus in der Lage, bei der AfD Stimmen abzufischen und Schwarz/Rot oder auch Schwarz/Grün zu gefährden. Es mag durchaus Bestrebungen geben, die dahin gehen, daß man lieber die SPD nicht am Drücker oder aber als Junior Partner sieht, als daß denn ein „entfesselter“ Gabriel der plötzlich eine soziale Agenda aufstellt. Mit dem neuen Führungsduo bei den Grünen ist Rot-Rot-Grün auch gestorben, damit steigt das Risiko für die SPD exponentiell, sich in

der nächsten Legislaturperiode neben der AfD, den Linken und womöglich der FDP auf der Oppositionsbank wiederzufinden.

Mit Herrn Schulz dürfte allerdings ein „Trump-Szenario“ eines amoklaufenden Gabriels komplett entschärft sein. Mir fällt kein Szenario ein, welches eine erneute CDU geführte Regierung gefährden könnte. Solange in Deutschland über Flüchtlinge geredet wird, solange werden echte soziale Themen komplett von der Agenda verschwinden. Zu Beginn der Flüchtlingskrise habe ich meiner Freundin gesagt, dem deutschen Arbeitnehmer (vulgo: Das wird man doch noch sagen dürfen) wird die fehlende Solidarität mit diesen Menschen als bittere Retourkutsche in Form von sozialen Einschnitten vor die Füße fallen. Der unsolidarische Pöbel, der Veränderungen will und AfD wählt, macht für alle anderen eine bittere Rechnung auf. Die AfD Stimmen im Osten bei den Linken hätte etwas verändert, so vernebeln sie medienwirksam den Blick auf die wirklichen Probleme.

Man sollte sich ernsthaft die Frage stellen, warum soziale Politik für eine national-bornierte Neidgesellschaft machen? Wer sich über alimentierte Asylanten aufregen kann und für/gegen ein Arbeitsleben bis 67 und einer rudimentären Rente nicht auf die Straße geht, dem kann es eigentlich so schlecht nicht gehen. Vermutlich ist es so, daß das wahre Elend aus Deutschland heraus exportiert wurde.